

Frühlingserwachen

Neugierig, rebellisch, aufbruchsbereit. So stellt Wedekind in seinem gesellschaftskritisch-satirischen Drama **FRÜHLINGSERWACHEN** die jugendlichen Heldinnen und Helden dar. Gefangen in den moralischen und autoritären Zwängen ihrer Zeit, konfrontiert mit gesellschaftlicher Intoleranz und Selbstzweifeln sind sie auf der Suche nach dem eigenen Weg, nach der Schönheit, der Liebe und der Lust. Sie stellen alles radikal in Frage und suchen doch nach Orientierung.

Während Wedekinds Figuren zunehmend das Gefühl entwickeln, die Kontrolle über sich und ihre Umwelt zu verlieren, bleiben wir trotz auch uns bekannten Ohnmachtsgefühlen dagegen zuversichtlich, unser Leben und unsere Stadt mitgestalten zu können. Ein Produkt dieser Zuversicht halten Sie gerade in den Händen.

Die Frühjahrsausgabe der AGORA kommt ein bisschen frech daher, macht Entdeckungen und macht Spaß, räumt auf, räumt um und probiert aus. Ein guter Aufbruch in das Frühjahr wie wir finden.

Also aufgewacht, Mut gemacht und raus aus der Knospe. Wir wollen euch blühen sehen! Eine befruchtende Lektüre wünscht

die Redaktion



Foto: AGORA

Themen in dieser Ausgabe:

- Mischpult S. 2
Kurz und knackig zu vier Themen
- Her mit den Abenteuern S. 2
Sparkassenfilial-Hopping in Fulda
- Suppe versalzen... S. 3
... im Kali-Revier.
- Wahlhilfe - Wahl? Hilfe! S. 4
Subjektive Betrachtungen zu Wahlplakaten
- Wahlhilfe? Wahlhilfe! S. 5
Parteien beziehen Stellung
- Niemand hat die Absicht... S. 6
... eine Mauer zu errichten. Ein Gastbeitrag.
- Nichts hören. Nichts sehen. Nichts sagen. S. 6
Ein Gastbeitrag
- Am Küchentisch S. 7
Ein Gespräch in einer WG-Küche in Fulda
- Reinen Tisch machen S. 7
Die AfD und unsere Gesellschaft
- Briefe aus der Redaktion S. 8
Unsere freie Mitarbeiterin haut in die Tasten
- Die letzte Seite S. 10
Freifunk Fulda stellt sich vor

AGORA weltweit.

Unsere Leser tragen uns hinaus in die weite Welt.

Wie einfach doch das Reisen heutzutage ist. Selbst die AGORA düst um den Planeten und kommt rum. Von einem Land zum nächsten. Wo bei, wer sich etwas Zeit und Muße

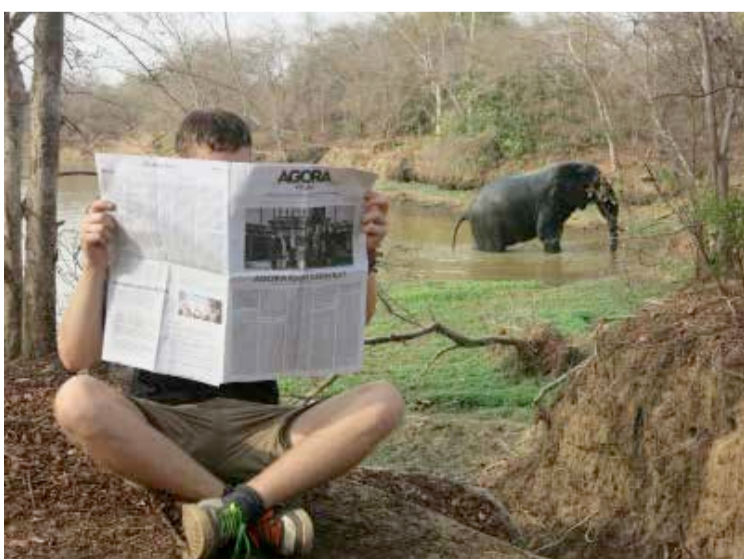
nimmt und auf Flugreisen verzichtet, stellt fest, dass das mit dem über die Grenze gehen ein besonderer und von Menschen gemachter Prozess ist. Würde es keine Grenzkontrolle, unbewachte Grenzhäuschen oder Schilder geben, die das jeweilige neue Gebiet kennzeich-

nen: man hätte statt des abenteuerlichen Gefühls in eine neue Welt einzutauchen, einfach keine Ahnung, dass der nächste gleiche Baum, das gleich aussehende Land auf der anderen Seite des Flusses ein neues Land ist. Man stelle sich vor, den erhabenen Planeten wie

ein Astronaut von oben zu betrachten. Man sähe seine Schönheit als Einheit. Weite Flächen, auf denen winzige kleine Punkte Linien ziehen, um andere Staubkörnchen vom Übertreten abzuhalten. und dabei zu glauben, man sei nun sicher im eigenen Land. Bizarr. Man könnte sich

dann schon auch vorstellen, wie sich der ein oder andere Astronaut an die Stirn fasst und sich kopfschüttelnd denkt:
No Nations = No Borders!

die Redaktion



Mischpult - Kurz und knackig

Zweigleisig

Crowdfunding in großem Stil: Im Dezember stellte sich das Locomore-Projekt im Umweltzentrum Fulda vor. Bahnfahrten von Stuttgart nach Berlin für maximal 66 Euro, Halt unter anderem in Fulda. Diese in Konkurrenz zur Deutschen Bahn tretende neue Gesellschaft benötigt rund eine halbe Million Euro, die sie mit Stand Februar diesen Jahres bereits eingesammelt hat, um ab Herbst 2016 mit dem Fahrbetrieb zu starten. Benutzt werden dabei die Gleisanlagen der Bahn, der Zug braucht für die Gesamtstrecke etwa anderthalb Stun-

den länger als die DB. Wichtig ist dabei das kultivierte Bahnfahren. So betragen die Höchstgeschwindigkeiten nicht über 200 km/h und es wird besondere Angebote für Kinder geben. Zudem wird der Betrieb zu 100 Prozent durch Ökostrom gedeckt und das Speisenangebot wird ein reines Bio-Catering sein. Halt in Fulda wird der Locomore-Zug nach jetzigem Stand um 9.22 Uhr in Richtung Berlin und um 18.40 Uhr in Richtung Stuttgart machen. Weitere Strecken sind in Planung. Näheres dazu wird in Kürze zu erfahren sein.
www.locomore.com



Foto: S. Terfloth CC BY-SA 2.0

Fuldaer Schlachtplatte

Zum Jahreswechsel erschien der aktuelle „Fleischatlas – Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel“, der jährlich von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem BUND in Kooperation herausgegeben wird. Darin enthalten eine Übersicht der gewerblichen und der Hausschlachtungen von Rindern und Schweinen in Hessen. Erstaunlich erst einmal, dass landesweit nirgends so viel geschlachtet wird wie im Landkreis Fulda. Liegt der Landesdurchschnitt bei etwa 1.000 Rinder-Schlachtungen und etwa 10.000 Schweine-Schlachtungen pro Jahr in Landkreisen und kreisfreien Städten, so stechen die Zahlen in Fulda deutlich heraus: 2014 wurden hier 6.500 Rinder und 107.000 Schweine geschlachtet. Auf den ersten Blick erscheinen diese Zahlen enorm. Zu Beden-

ken gibt es hier, dass kurz vorher die Schlachthöfe in Frankfurt und Gießen geschlossen wurden. Ende Januar 2014 schloss zudem der Schlachthof in Marburg, ebenso der Europa-Schlachthof im thüringischen Erfurt-Weimar. In Fulda steht nun der einzige hessische Schlachthof für Rinder und Schweine, der zudem komplett ausgelastet ist. Viele Tiere aus Hessen und den angrenzenden Bundesländern kommen zu ihrer letzten und langandauernden Fahrt ins Industriegebiet West.

Bundesweit sieht es dagegen ganz anders aus. Die Gesamtmengen in Mühlhof a. Inn betragen etwa das 15-fache und die in Passau etwa das 8-fache im Vergleich zu Fulda. In welchem Verhältnis Fleisch aus herkömmlichen Aufzuchtbetrieben und reinen Biohöfen steht, geht aus den Zahlen nicht hervor.



Foto: BUND / Heinrich Böll Stiftung

Aufgeschoben, nicht aufgehoben

Was bundesweit schon länger praktiziert wird, startet jetzt auch in Fulda. Das „Törtchen“, ein Café in der Löherstrasse bietet seit März den „aufgeschobenen Kaffee“ an. Hier bezahlt der Kunde einen Kaffee mehr, als er trinkt, dieser wird auf einer Strichliste vermerkt und er kann sich von jemandem abgeholt werden, der es sich finanziell sonst nicht leisten kann, diesen Kaffee im Café zu genießen. Über-

prüft wird dies nicht, sondern das Modell setzt auf Ehrlichkeit. Andere Cafés beobachten diese Entwicklung gespannt.

Erfahrungen aus anderen Städten zeigen allerdings, dass die Spendenbereitschaft meist größer ist als die Nachfrage. Ob dies an zu geringer Bekanntheit des „Aufgeschobenen“ oder persönlicher Scham des Kunden liegt, ist unbekannt. Abhilfe hier schafft hoffentlich die weitestmögliche Verbreitung dieser Information. Gesagt, getan!



Foto: AGORA

Her mit den Abenteuern!

Sparkassenfilial-Hopping in Fulda



Foto: gemeinfrei

Dass die Banken nur unser Geld wollen, war bislang eines meiner gepflegtesten Vorurteile. Kurz vor den Feiertagen wurde ich von der lokalen Sparkasse eines Besseren belehrt. Mir schien, sie wolle überhaupt kein Geld und müsse dazu erst überredet werden. Aber von Anfang an: Der letzte Arbeitstag im Jahr vor der Weihnachtspause war vorbei, die Filialen bereits geschlossen und die gesamte Kasse unserer Verkaufsabteilung wollte ich am kommenden Tag zur Sparkasse bringen. Dort befindet sich das Firmenkonto meines Arbeitgebers. Was sich erwartungsvoll als weniger großes Problem darstellen würde, entpuppte sich zu einer Besichtigungstour durch mehrere Filialen. Der Betrag, bestehend aus Scheinen und Münzen, sollte zusammen eingebucht werden, damit Einzahlung und digitale Kassenverrechnung auch zusammenpassen, soviel vorweg. Nachdem mehrere Kunden vor mir in der Filiale Am Waldschlößchen ihre Geschäfte erledigt und ich meine Wartezeit hinter mich gebracht hatte, wollte ich das Geld einzahlen. Die Antwort des Schalterangestellten verwirrte mich ein wenig. Die Münzen könne er annehmen, die Scheine allerdings nicht, da die Filiale keine Bargeldgeschäfte mehr abwickle und alles nur noch über den Automaten in der Ecke laufe. Nur der Münzzähler wäre noch da. Ich könne mich an die Filiale in der Rabanusstraße wenden, dort werde der Betrag entgegen genommen.

Leicht verwirrt ob der gänzlich unerwarteten Antwort begab ich mich direkt dorthin. Auch hier wieder ein paar Minuten Wartezeit, es war ja schließlich kurz vor den Feiertagen und ich nicht der einzige Kunde. Als ich am Kundentresen stand sagte mir die dortige Bankangestellte, sie könne nur die Scheine

entgegen nehmen, die Münzen allerdings nicht, da die Filiale über keinen Münzzähler verfüge und ich möchte mich doch gerne an die Hauptfiliale am Buttermarkt begeben, dort sei das alles überhaupt kein Problem und die Sparkasse nehme mein Geld selbstverständlich sehr gerne entgegen. Ich teilte ihr meine Verwunderung mit und erwähnte mein bis dato gepflegtes Vorurteil. Etwas achselzuckend erwiderte sie, dass sie mir hier leider nicht weiterhelfen könne und sie wünsche mir noch ein frohes Weihnachtsfest. Ich verstand ihre Hilfslosigkeit angesichts der Weisungen aus der Bankenleitung und begab mich geradewegs Richtung Buttermarkt.

Dort angekommen ging ich direkt zum Einzahlungsschalter und stellte mich... ja wohin? In die Schlange, die hier natürlich ein wenig länger war. Nach einer gewissen Wartezeit stand ich am Schalter und wollte endlich das Geld einzahlen. Dabei, so wurde mir vom Schalterangestellten gesagt, gäbe es ein kleines Problem und ich müsse mich vorerst an die Kundenberatung wenden, da die Münzen extra eingezahlt werden müssten und ich einen Beleg bräuche, der zusammen mit den Scheinen wie gewünscht als Gesamtbetrag verbucht werden könne. So langsam verstand ich gar nichts mehr und meine freundliche Frage, wer in aller Welt sich in der Sparkassenleitung in umnachtetem Zustand einen solchen Unsinn ausgedacht habe wurde auch hier mit einem Achselzucken beantwortet. Gegenüber seinem Arbeitgeber – so deutete der Angestellte nonverbal – ist man schließlich loyal. Ich verstand! Unerwarteterweise war sogar eine Kundenberaterin frei und ich wurde ohne weiteres warten prompt bedient. Meine Miene hellte sich ein wenig auf und

ich trug ihr mein Anliegen vor. Ihre Miene dagegen zeugte von Verwunderung. Sie meinte, es gäbe hier ein kleines Problem, sie wäre lange in der Verwaltung gewesen und erst seit kurzem im Kundendienst und sie wisse nicht, wie das gehe und würde deshalb gerne eine Kollegin zur Erledigung heranziehen. Bei der Kollegin stand ein Kunde und wir müssten nur einen Moment warten... Die Kollegin wusste allerdings Bescheid. Endlich! Land in Sicht! Sie musste nur noch eine Karte aus dem Büro holen, um diesen Vorgang durchführen zu können. Auf dem Weg dorthin beantwortete sie schnell noch ein, zwei Fragen anderer Kollegen.

Wir wackelten dann also zu Dritt zum Münzzähler und nach mehreren Durchgängen hatte dieser auch endlich alle Münzen gefressen. Sie gab mir einen Beleg und mit diesem könne ich nun an den Schalter gehen. Dort war, was sonst: eine Schlange, etwas länger als zuvor. Dann kam ich endlich an die Reihe und der Bankangestellte gab sich geschlagen. Volltreffer!

Für diesen Vorgang brauchte ich im Gesamten fast anderthalb Stunden. Ich weiß nun, dass es außer der Hauptfiliale am Buttermarkt nur noch die Zweigstelle Haimbacher Straße im Münsterfeld gibt, die sowohl Münzen, als auch Scheine annehmen kann. Jetzt kapiere ich auch endlich, welcher Zweck die Hinwendung zum bargeldlosen Zahlungsverkehr, die Schließung von Filialen und der interne Stellenabbau für die Laufkundschaft haben, wenn gleichzeitig eine beachtenswerte Kontoführungsgebühr entsteht. Wer hier seiner Bank noch treu bleibt, hat einfach zu viel Zeit für Abenteuer!

Doktorspiele

Promovieren an einer Fachhochschule? Lange unmöglich, da Doktorarbeiten einzig an Universitäten geschrieben werden konnten. Als erstes Bundesland gestattet nun Hessen stellenweise die Promotion an Fachhochschulen. So gibt es vermutlich noch in diesem Jahr erstmals die Möglichkeit, die Doktorarbeit im Studienfach „Soziale Arbeit“ an der Hochschule Fulda zu schreiben, die diesbezüglich eine Kooperation mit der Hochschule Rhein-Main und der Hochschule Frankfurt eingegangen ist. Der Hintergrund liegt darin, dass die altertümliche Vorstellung, nur an Universitäten werde geforscht, praktisch nicht mehr haltbar ist.

Inzwischen stecken die zu „University of Applied Sciences“ (Hochschule für angewandte Wissenschaften) ausgebauten Fachhochschulen tief in der Forschung. Zudem gibt es den Studiengang „Soziale Arbeit“ nicht an Unis. Ob Dokortitel auch zukünftig in weiteren Studiengängen in Fulda vergeben werden können, bleibt abzuwarten. Damit entfällt zumindest in diesem Teilbereich die aufwendige Suche der FH-Studierenden nach Betreuern einer Doktorarbeit an den Universitäten.

Hochschule Fulda
University of Applied Sciences



Bild: Logo der Hochschule Fulda



Suppe versalzen im Kali-Revier

Ein Gastbeitrag zur aktuellen Diskussion um K+S

Foto: Armin Kübelbeck CC BY-SA 3.0, Bearbeitung: AGORA

Der Kaliabbau ist seit fast 100 Jahren mit Unterbrechungen in Osthessen ein Wirtschaftsfaktor. Bekannt sind „die weißen Berge“ bei Philippsthal, Heringen und NeuhoF. Von dort oben leuchtet auch ein Gipfelkreuz hinunter ins Tal mit der frohen Botschaft von sicheren Arbeitsplätzen und steuerlichen Einnahmen für die Gemeinden. Konzerte werden auf „dem Berg“ veranstaltet, und bei vielen Anlässen schmettert der Bergmannschor in seinen schmucken traditionellen Uniformen sein „Der Steiger kommt“. Dadurch wird der Kaliberg nicht nur mit Tradition geschmückt, er wird förmlich zu einem festen Bestandteil der Region.

Doch dieses „heile Weltbild“ wird derzeit erschüttert: Razzien in der K+S Konzernzentrale in Kassel, Anklageerhebung gegen Manager wegen Umweltvergehen, Ängste bei den Kollegen und ihren Angehörigen, dass ihr Kaliabbau vor die Hunde geht.

Was ist geschehen, was sind die Hintergründe?

Man muss dazu wissen, dass die „weißen Berge“ nichts anderes sind als Restehalden. Ein nachhaltiger Plan, was letztendlich mit dem Material passiert, wurde bis heute immer in Aussicht gestellt, konkreter wurde man jedoch noch nicht. Fakt ist, dass durch Niederschläge Salze aus den Halden gelöst werden. Diese Regenauswaschungen von den Halden bei NeuhoF ließ man einfach versickern, sie wurden in tiefe Erdschichten „versenkt“ oder in die Flüsse fließen und damit in die Fulda geleitet. Im Moment fließen die salzigen Auswaschungen durch eine extra dafür gebaute Pipeline in Richtung Osten an die Werra. Dort werden sie in der Produktion noch einmal genutzt und schließlich in den Fluss geleitet oder in den tieferen Erdschichten östlich von Bad Hersfeld und in der „Gerstunger Mulde“ in Thüringen versenkt.

Selbige Entsorgungswege der Laugen müssen vom Regierungspräsidium genehmigt werden, was bis dato auch immer passierte. Denn der Konzern fand bis jetzt immer Mittel und Wege, die Versenkerlaubnisse und Einleitgenehmigungen zu erhalten. Mindestens genauso lange aber stand und stehen die zuständige Behörde und die jeweilige Landesregierung in Hessen unter Druck. Als erstes durch die Werra-Weser Anrainergemeinden, durch Wissenschaftler, durch die neu in den Landtag eingezogene Fraktion „Die LINKE“ und schließlich durch Umweltverbände, die alle vom Kalikon-

zern eine Änderung der Praxis im Umgang mit Haldenauswaschungen und Produktionsabwässern verlangen. Denn das Problem beim Versenken ist, dass es zu einer Versalzung des Trinkwassers führt. Das Einleiten der Laugen in die Flüsse verändert die Artenvielfalt dieser Biotop, und selbst in der salzigen Nordsee, dem UNESCO Weltkulturerbe Wattenmeer, stellen die Laugen ganz einfach Abwasser dar; die chemische Zusammensetzung ist komplett anders als das Meerwasser.

Der Konzern versprach mit gut klingenden Konzepten wie „Neue integrierte Salzlaststeuerung (NIS)“, „Vier-Phasen-Plan“ und „dreidimensionales Grundwassermodell“, sowie diversen Pipeline-Plänen Besserung und erhielt immer wieder Aufschub bei der Einhaltung der Umweltgesetze. Allen Beteiligten war jedoch lange bekannt, dass die letzte Versenkgenehmigung zum 30. November 2015 auslaufen würde. Technisch vorbereitet war die K+S AG offensichtlich nicht. „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ titelt eine Aktionärszeitung noch letztens am 4. Dezember 2015.

Und es stellt sich die Frage: Hoffnung auf was? Wie soll von einem Tag auf den anderen die Produktion umweltfreundlich umgestellt werden, wenn sich der Konzern schlicht weigert den Stand der Technik umzusetzen und mit immer neuen Verzögerungstaktiken Einfluss nimmt, damit alles so weiter laufen kann wie bisher? Mit dieser Erpressungstaktik nimmt der Konzern eine ganze Region in Geiselschaft.

Dabei ist eine andere Produktionstechnik möglich.

Produktionsabwässer können z.B. eingedampft werden. Auch entstehen Haldenabwässer erst gar nicht, wenn Versatzbergbau betrieben wird und die Halden nicht nachkommenden Generationen überlassen werden.

Doch passiert ist das Gegenteil. Die Halden wurden und werden immer größer. Die gigantischen Haldenerweiterungen an der Werra und im Fuldaer Land wurden nur mit dem Vorbehalt genehmigt, dass der Entsorgungsweg für die Halden- und Produktionsabwässer geregelt wird. Und dies ist er offensichtlich immer noch nicht. Das müsste eigentlich die Genehmigungsbehörden auf den Plan rufen, die einen sofortigen Haldenabbau fordern müssten, genauso, wie die Halden ab sofort unter Tage zu bringen. Auch an der Werra ist eine abwasserarme Produktion möglich, wie

sie inzwischen in NeuhoF bei der Aufbereitung der Kaliprodukte seit Jahrzehnten praktiziert wird.

Doch diese Anforderungen vermochten die jeweiligen Landesregierungen gegen den Konzern nicht umzusetzen, dessen Ziel offensichtlich einzig und allein die Profitmaximierung ist. Dabei müsste das Land Hessen einfach nur das umsetzen, was zum Kalibergbau in der Hessischen Verfassung steht:

Verfassung des Landes Hessen Artikel 41 - Sofortsozialisierung von Kohle und Stahl, Erzen und Kali, Energie und Eisenbahnen

(1) Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

- 1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,*
- 2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.*

Die Hessische Landesregierung schafft es nicht, den Konzern zu einer Produktion zu veranlassen, die nicht die Grundwasserleiter irreparabel beschädigt und die Wasserrahmenrichtlinie für Oberflächengewässer achtet. Die Grüne Umweltministerin Priska Hinz zeigt sogar selbst Schleichwege auf, wie sich der Konzern wieder durchmogeln kann. Am 3. Dezember 2015 stellte sie einen „Masterplan Salzreduktion“ vor, einen Tag später sogar einen „erweiterten Masterplan Salzreduktion“ und fabulierte wörtlich: „Dies ist nicht nur eine langfristige Lösung, die auf breiter Zustimmung basiert, sondern wir verbinden darin auch die ökologischen Anforderungen mit der Erhaltung des Kalistandorts.“ Gefallene Stichworte zum „Plan“ verdeutlichen, dass es sich wieder um Luftnummern handelt. So spricht er von „Verdampfung der Salzabwässer“ was nur Sinn macht, wenn die Rückstände unter Tage kommen. Doch davon kein Wort. Vielmehr spricht man von einer früher beginnende Haldenabdeckung, was doch nur bedeuten kann, dass die Halden da bleiben sollen, wo sie sind. Desweiteren beinhaltet der Masterplan eine Einstapelung unter Tage als Pilotprojekt, was nichts anderes bedeutet, als alte Kalibergwerke in Thüringen zu fluten. Als letztes wird die Oberweser-Pipeline genannt, was jedoch klar gegen die Wasserrahmenrichtlinien verstößt.

Interessanterweise jedoch schaltete der Konzern auf stur. Viele

Kalikumpel wurden sogar ab 1. Dezember 2015 in Zwangsurlaub geschickt und die normal Arbeitenden per Interessenausgleich zu Lohnkürzungen verdonnert. Dies diente dem Zweck, Behörden, Landesregierung und Umweltministerin noch gefügiger zu machen. Am 18. Dezember schon hatte diese Taktik Erfolg: Das Regierungspräsidium Kassel gab eine erneute befristete Versenkerlaubnis und bezeichnete es als Zwischenlösung für K+S.

Für den Konzern also alles wieder „in Butter“?

Nein, denn sie haben nicht mit den erfolgreichen Bemühungen der Gerstunger Aufmüpfigen gerechnet, die um ihr Trinkwasser kämpfen und dafür streiten, dass die Machenschaften des Konzerns aufgedeckt werden. Auch in Hessen fanden sie vereinzelt Unterstützer in diesem Streit. Sie sammelten Fakten, Merkwürdigkeiten und Zusammenhänge. Schon lange wurde eine Kooperation der Genehmigungsbehörde mit K+S über das normale Maß hinaus vermutet. Jetzt erhärten sich die Verdachtsmomente und das Regierungspräsidium Kassel steht in der Kritik, dass es K+S die Manipulation von Akten ermöglicht hätte. Zumindest ist nun so viel Material vorhanden, dass der Staatsanwalt tätig werden muss.

Dazu ein kleines nebensächliches Beispiel, das aufzeigt, wie Antragsteller K+S und Genehmigungsbehörde in Kassel kooperieren. Im Jahr 2010 hatte ich mich mit der Einwendung gegen die Laugenpipeline von NeuhoF an die Werra befasst. Viele Stunden hatte ich im Fuldaer Bürgerbüro verbracht und die 16 Aktenordner der Unterlagen von K+S gesichtet. Ich versuchte beim Bergamt in Kassel eine CD mit den Auslegungsunterlagen der Behörde zu bekommen, dies wurde mir auch zunächst zugesichert und ich sollte meine Anschrift mitteilen. Dann erhielt ich die Antwort: „Sehr geehrte Frau Masche, K+S hat mir mitgeteilt, dass Ihnen kein digitaler Planungsordner zur Verfügung gestellt wird. Von daher darf ich Sie auf die Einsichtnahme vor Ort in die Papierunterlagen verweisen.“ Vielleicht war dem Mitarbeiter der Behörde gar nicht klar, was er da schrieb: Die Behörde als durchführendes Organ des Genehmigungsverfahrens lässt sich von K+S vorschreiben, wer Zugang zu den digitalen Planungsunterlagen haben darf, die Bestandteil der öffentlichen Auslegung waren. Ich muss auch davon ausgehen, dass der Datenschutz durch die Behörde nicht gewahrt wurde. Im großen Stil sind wohl ähnliche

Vorgänge jetzt bei den Hausdurchsuchungen in der Konzernzentrale und bei der thüringischen Genehmigungsbehörde aufgefunden worden.

Aus Abgeordnetenkreisen im Hessischen Landtag ist zu vernehmen, dass die Vorwürfe schwerwiegend sind.

Vielleicht so schwerwiegend, dass der Konzern, dessen Aktien seit Herbst 2015 im Sinkflug sind, die Segel streicht, den Kaliabbau aufgibt. Dabei sind die Profite aus den letzten 100 Jahren längst eingefahren. Die Abfälle würden sie so dankenswerter Weise der Allgemeinheit und zukünftigen Generationen hinterlassen.

Das Szenario, dass wir als Kritiker der Umweltverschmutzungen durch die Kaliindustrie verhindern wollten, scheint nun in Gang gesetzt und wir Bürgerinnen und Bürger bleiben sitzen auf unseren irreparabel versalzten Grundwasserleitern, den Haldenungetümen aus denen noch über 1000 Jahre Ewigkeitskosten entstehen und den zu befürchtenden Geländeabsenkungen wegen fehlender Verfüllungen. Anfragen in Kreistag und Stadtparlament hatten bereits 2011 ergeben, dass K+S messbare Absenkungen zugibt. Und das ist womöglich erst der Anfang. Werden die Strecken nicht verfüllt und bleibt der Abraum auf der Halde liegen, schließen sich die unterirdischen Hohlräume und es können schlimmstenfalls Erdfälle und Krater entstehen oder bei unregelmäßigen, stetigen Absenkungen Risse in Gebäuden, die bis zur Unbewohnbarkeit führen können. Versalzungen an Quellwassern, wie z.B. in der Quelle in Johannesberg wurden auch schon zugegeben. Wer weiß, was noch alles zutage tritt.

Spätestens jetzt muss der Konzern verpflichtet werden, die Umweltschäden zu beseitigen. Auch das schafft und erhält Arbeitsplätze in der Kaliindustrie und sichert den Kolleginnen und Kollegen ihr Auskommen. Zu diesem Zwecke meine ich sollte jeglicher Besitz der Aktiengesellschaft gerichtlich beschlagnahmt und sichergestellt werden.

Karin Masche

Die Autorin ist seit 2011 Stadtverordnete der Fraktion „Die Linke.Offene Liste“, zuvor zum Landeswahlprogramm 2006 hat sie das Thema Kaliindustrie in die Diskussion in das Landeswahlprogramm „Die LINKE eingebracht und kandidierte mit diesem Schwerpunktthema 2007 zum Hessischen Landtag.

Wahlhilfe - Wahl? Hilfe!

AGORAs rein subjektive, kritische, satirische und gar philosophische Betrachtungen ausgewählter Wahlplakate in Fulda. (alle Fotos: AGORA)



Stimmt nachweislich nicht, wie der feuerrote Latexanzug unseres Redakteurs neulich zeigte. Und außerdem, was bedeutet politisch rot zu sein? An der Basis sich bedenklich und kritisch zu äußern, dann aber einer bedenklichen Politik der Führung zu folgen?



Hier stellen sich gleich mehrer Fragen: Wohin mit neuer Energie? Warum hat man vorher alte Energie benutzt? Oder bedeutet das weiter mit, dass man auch schon vorher neue Energie hatte? Dann wäre aber die neue Energie veraltet. Und gibt es einen Machtwechsel: Rammeler Dynastie löst Sporer im Kreuz ab?

Hier und jetzt investigativer Journalismus. Was verbirgt sich hinter der offenen Liste? Ein Versuch, den Aufkleber am Plakat abzumachen, scheiterte. Links klebt gut! Aber beim genauen hinschauen entdeckt man, dass folgende Internetseite überklebt wurde. www.die-linke-hessen.de

Feindliche Übernahme? Wahlplakatklau? AGORA hat bis heute das Herausstellen des Unterschieds zwischen Die LINKEN und Die LINKE. Offene Liste nicht verstanden. Das liegt wohl an unseren Grenzen der Vernunft, was uns gleich zum nächsten Plakat bringt.



Die Partei ist tot! Lange lebe die Partei (die offiziell keine ist). Nach unseren Erfahrungen präsentiert sich sicher aber durchaus als solche. Keine Abweichungen bei Abstimmungen. Treten nach Außen als eine Einheit auf. In Sachen Energiepolitik eins zu eins auf Linie der CDU.

Definition Wikipedia:
Der Begriff Vernunft bezeichnet die Fähigkeit des menschlichen Denkens. Irrational ist ein Synonym für Unvernunft, was Wikipedia wie folgt definiert:
Einen Sachverhalt als „irrational“ zu bezeichnen kann heißen, dass er möglicherweise besteht, dem Verstand aber nicht zugänglich ist.
Vereinfacht steht also da: Der Mensch hat Grenzen beim Denken. Und es gibt total viele Dinge die da sind, der Verstand aber nicht kapiert.
Selbsterkenntnis der AfD?



Die FDP. Wie immer reine Vernunft. Sie will, dass alles so bleibt, wie es ist. Und dafür kräftig anpacken. Warum man fürs Nichtstun Arbeitshandschuhe braucht, oder ob es beim Bild vielleicht sogar um Schleichwerbung für einen regionale Arbeitskleidungsvertrieb handelt, bleibt ungeklärt.

Zum Schluss wird es noch mal interessant. Warum dieser Hinweis? Hält man den Wähler für so begrenzt vernünftig, dass er daran erinnert wird, wo er wohnt und wo er wählt? Oder steht dort subtil versteckt: Wir finden die Politik aus Berlin / Merkel auch doof? Und wir in Fulda stehen für das Gegenteil, wir schaffen das nicht, schnelle Abschiebung, neue sichere Herkunftsländer aus dem Hütchen zaubern, Obergrenze für Flüchtlinge...



Wahlhilfe? - Wahlhilfe!

Es ist wieder Kommunalwahl. Parteien beziehen Stellung in der AGORA.

Viele lassen die Wahlplakate hilflos zurück. Wir haben alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien angeschrieben und ihnen drei aktuelle politische Fragen mit regionalem Bezug gestellt. Die Antworten sind vielleicht eine echte Wahlhilfe. Auf jeden Fall aber: Gehen Sie wählen!

Lesen Sie hier unsere Fragen:

1. Welche Folgen hat das Handelsabkommen TTIP für die Stadt Fulda?
2. Was halten Sie von Herrn Hohmanns (AfD) Einstellung zum Schießbefehl an der deutschen Grenze?
3. Aus einer Dividendenausschüttung erhalten Sie 5 Millionen Euro zusätzlich für den städtischen Haushalt. Was tun Sie damit?



Gerhard Stollberg

1. Da die Verhandlungen über das Handelsabkommen TTIP noch im Gange sind, kann bisher keine Aussage getroffen werden, ob und ggf. welche Auswirkungen das angestrebte Abkommen auf die Stadt Fulda hat. Die Stadtverordnetenversammlung von Fulda hat jedoch u.a. mit den Stimmen der CDU-Fraktion die Position sowohl des Hessischen wie auch des Deutschen Städtetages unterstützt, die folgenden Beschluss gefasst haben: „Vor diesem Hintergrund fordert der Hauptausschuss die Bundesregierung auf, sich gegenüber der EU-Kommission mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die kommunale Daseinsfürsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasservers- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, vom derzeit mit den USA verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen wird.“ In einem gemeinsamen Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und den kommunalen Spitzenverbänden wurde diese Position ebenfalls bekräftigt. Ich vertraue auf die Bundesregierung, dass sie die Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbände zum Handelsabkommen TTIP gegenüber der EU-Kommission, die das Mandat für die Verhandlungen mit den USA hat, durchsetzt.

2. Die Äußerung von Herrn Hohmann erinnert schmerzhaft an den Schießbefehl, den es noch bis vor 25 Jahren an der innerdeutschen Grenze gegeben hat und dem viele Menschen, die in die Freiheit wollten, zum Opfer gefallen sind. Eine solche Äußerung ist zutiefst Menschen verachtend, unchristlich, erschreckend und inakzeptabel. Wer eine solche Einstellung hat und sich so äußert, hat in der Politik nichts zu suchen.

3. Abgesehen davon, dass dies wahrscheinlich nicht geschehen wird, würde ich die zusätzliche Dividendenausschüttung dazu verwenden, die Schulden der Stadt weiter zu reduzieren bzw. die bereits vorhandenen Rücklagen zu stärken. Damit würde finanzielle Vorsorge für die Zeiten getroffen, in denen die Steuerquellen nicht mehr so sprudeln wie im Augenblick. Gleichzeitig würden die nachfolgenden Generationen finanziell entlastet.



Martin Jahn

1. Das Handelsabkommen TTIP ist noch in der Beratung. Nach allem, was bisher bekannt ist, muss befürchtet werden, dass es eher den Interessen der weltweit operierenden Großkonzernen dient und der Verbraucherschutz auf der Strecke bleibt. Insofern ist TTIP sehr kritisch zu sehen. Welche konkreten Auswirkungen es auf die Stadt Fulda haben wird, ist derzeit schlecht einzuschätzen.

2. Auf wehrlose Menschen zu schießen, die sich zudem noch in einer Notlage befinden, ist ein Unding und wäre ein Rückfall in schlimme Zeiten der Vergangenheit.

3. Verwendung: Je 1 Million Euro für Verbesserungen im sozialen Wohnungsbau, bei der Notfallversorgung im Klinikum Fulda, zur Sanierung von Straßen, zur Verbesserung der Kinderbetreuung und zum Abbau von Schulden.

DIE LINKE. Offene Liste

Karin Masche

1. TTIP, Tisa, Ceta bedrohen Demokratie in Kommunen. Soweit bislang über die Geheimdokumente bekannt ist öffnen sie für alle Bereiche Konzernen Tür und Tor. Für alles muss es dann „freien Marktzugang“ geben, das heißt Privatisierung, auch von Dienstleistungen. Daher hat attac, in deren Fuldaer Gruppe ich seit über 10 Jahren mitmache auch die Aktion „TTIP freie Kommunen“ ausgerufen. Als Stadtverordnete „Die Linke.Offene Liste“ habe ich den Antrag zur Ablehnung gestellt, der im Haupt- und Finanzausschuss beraten wurde. Obwohl dort ohne Stimmrecht, hatte ich Gelegenheit ihn den Kollegen der anderen Fraktionen vorzustellen. Schließlich meinte der OB, dass man dem Antrag stattgeben könne. Den CDU Leuten blieb der Mund offen stehen, aber: Es wurde abgestimmt, einstimmig! Bei der großen Demo mit einer Viertelmillion Teilnehmern im Herbst in Berlin nahm ich gebastelte Schilder mit: „TTIP freie Kommune Fulda“. Mehr dazu: <http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen/>

2. Unsäglich. Ein Klima der Hysterie ist entstanden, das immer weiter aufgepuscht wird. Einfache Lösungen werden versprochen. Wer in der Schule nicht verstehen konnte, wie 1933 ein ganzes Volk aufgehetzt wurde, kann jetzt live zuschauen. Es ist bitter da Tag für Tag widerstehen zu müssen und Menschen deutlich zu machen: Die Mauer verläuft nicht zwischen ALG2 Beziehern und Flüchtlingen sondern zwischen Arm und Reich. Wir müssen die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen! Warum gibt es immer mehr Luxuswohnungen statt bezahlbaren Wohnraum, warum besitzen 62 Reiche so viel wie die Hälfte der Menschheit?

3. Die Stadt erhält sie bereits, z.B. von der Rhönenergie. Sie duldet die Praktiken der Strom- und Gassperren, streicht die Dividenden ein, die ihr Strom- und Gasversorger erwirtschaftet, u.a. weil er auch noch 148 € Gebühren fürs Sperren

verlangt. Tatsächlich hat die Stadt Fulda 10 Mio. € mehr Zuweisung als im Vorjahr, u.a. wegen der erhöhten Einwohnerzahl, bekommen. Wir hätten es für eine städtische Wohnungsgesellschaft verwendet. So kann schnell bezahlbarer Wohnraum entstehen und es bliebe auch noch genug für einen kostenlosen Mittagstisch in Schulen.



Michael Grosch

1. TTIP soll Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen den USA und der EU erleichtern. Die hohen europäischen Standards dürfen jedoch nicht zur Verhandlung stehen. Dabei würde auch der Mittelstand profitieren, da dieser unter den Kosten, die durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse verursacht werden, leidet. Kommunalpolitisch bietet es dann den Unternehmen einen leichteren Zugang zum internationalen Verkehr.

Ungeklärt und daher kritisch zu betrachten ist der Marktzugang zu öffentlichen Leistungen (z.B. Wasserversorgung, Infrastruktur, Bildungswesen). Diese Leistungen müssen von den Verhandlungen ausgenommen bleiben, da es sich um Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge handelt. Nur unter Einschränkungen kann daher TTIP als Schritt in die richtige Richtung betrachtet werden.

2. Unverantwortlich und von einer nicht hinnehmbaren Gesinnung getrieben.

3. Der städtische Haushalt ist derzeit gut aufgestellt. Investitionen in Wohnungsbau sind in Gang gebracht. Eine Aufteilung in Abbau der Verschuldung und Investition in die Infrastruktur scheint mit dem überschüssigen Geld sinnvoll; dazu gehören die Instandsetzung des Straßennetzes, der Ausbau der Notfallvorsorge, die Anpassung des Radwegenetzes, die Erhöhung von Sicherheitsstandards, Förderung von integrativen Vereinen, Einrichtung des Fuldaer Kultursommers, Stärkung des altersgerechten Wohnens, Senkung der Gewerbesteuer und die Schaffung von mehr Bürgerbeteiligung.



Ernst Sporer

1. Bei den Verhandlungen zwischen Europa und den USA geht es nicht nur um Warenhandel, sondern auch um den Handel mit Dienstleistungen. Das TTIP wird Einfluss darauf haben, welche Dienstleistungen zukünftig noch von den Städten und Gemeinden erstellt werden dürfen. Die geplanten Investitionsschutzregelungen werden voraussichtlich dazu führen, dass die Entscheidungsfreiheit der Städte eingeschränkt wird, weil sie die Schadensersatzansprüche von Investoren befürchten müssen. Der Privatisierungsdruck auch bei kommunalen Aufgaben steigt. Das betrifft zum Beispiel die Wasserversorgung, den öffentlichen Personennahverkehr oder andere kommunale Unternehmen. Diese negativen Folgen, die sich auch unmittelbar auf Fulda aus-

wirken, müssen verhindert werden.

2. Ich möchte Herrn Hohmann und seine AfD nicht unnötig aufwerten. Das Ganze ist so unsäglich und widerlich, dass sich jeder Kommentar erübrigt. Die AfD ist für mich eine Naziartei.

3. Mit den 5 Millionen würde ich die Stiftung „Green City Fulda“ ins Leben rufen. Mit diesem Startkapital und einer Aufstockung durch andere Stifter und Sponsoren auf mindestens 20 Millionen soll Fulda an die Spitze der umwelt- und menschen- und kulturfreundlichsten Städte in Deutschland gebracht werden. Dazu gehört ein völlig neues Verkehrskonzept mit einem durchgängigen Radwegnetz in der ganzen Stadt, einem total verbesserten ÖPNV, Erweiterung der Fußgängerzonen um Friedrichstrasse und obere Bahnhofstrasse. Das Ziel sind viel weniger Autos in der Innenstadt und mehr Aufenthaltsqualität für alle Menschen. Im Kulturbereich entsteht mit dem Starkapital ein freies Kulturzentrum in der Langebrückenstrasse. In dem ehemaligen denkmalgeschütztem Fabrikgebäude finden Kultur – und Theaterintitativten, Freies Kino und alternative Gastronomie ein Zuhause. Falls noch Geld übrig bleibt, würde ich in Zusammenarbeit mit Franz Erhart Walter ein Museum für zeitgenössische Kunst in Fulda bauen.



Anton Rummel

1. TTIP kann dem Landkreis Fulda hinsichtlich der Umwelt Probleme machen. Fulda hat eines der besten Tiefenwasser Deutschlands. Man stelle sich vor amerikanische Firmen wollen an dieses Tiefenwasser heran, um es maximalst auszubeuten... TTIP kann bedeuten, daß grundsätzlich Standards im Arbeitsrecht, im Naturschutz, Patent- und Markenrecht etc. geschliffen werden... TTIP kann bedeuten, daß deutsche Bürger ihre Arbeitsplätze verlieren... TTIP kann bedeuten, daß Körperschaften des ÖR permanent mit Klagen überzogen werden... Nur dumme bzw. politische Gekaufte sagen „Ja“ zu TTIP. Deutschland braucht TTIP nicht, aber Amerika braucht TTIP.

2. Bitte schauen Sie ins Gesetz... z.B. beim Zoll, bei der Bundeswehr, bei der Polizei etc. ähnlich wie in allen Staaten dieser Welt. Ex: Herr Rammler wird von einem Einbrecher mit der Waffe bedroht und als Geisel genommen. Polizei befreit Herrn Rammler durch gezielten Schuß auf den Geiselnehmer. Dann hat der entsprechende Polizeibeamte in Ausführung seiner Dienstpflicht zuvor einen Schießbefehl erhalten. Ob dieser Schießbefehl nun gut oder böse ist, war oder künftig sein wird, ist vollkommen wurscht, wenn er dienstlich notwendig gewesen ist. In dem hier konstruierten Fall war das Leben von Herrn Rammler konkret gefährdet, weshalb es dienstlich notwendig und geboten war, Herrn Rammler durch Schuß auf den Geiselnehmer zu retten ist. Der Polizeischütze wird danach automatisch nochmals der Staatsanwaltschaft vorgeführt und die überprüft im Nachhinein, ob dies wirklich notwendig war. Ähnlich bei Oberst Klein in Afghanistan

(Bombardierung TKW).

Dies muß im Einzelfall immer vom vor Ort zuständigen Teilheinführer abgewogen werden. Hierbei werden die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, Gebotenheit, Zumutbarkeit, Alternativ-Verhalten geprüft und abgewogen. An jeder Grenze auf dieser Welt muß damit gerechnet werden, daß geschossen wird, wenn der Eindringende eine Straftat gegen die Grenzschützer oder gegen Rechtsgüter des Staates verletzt, in den er eindringt. D.h. auf den Fall Hohmann bzw. Ihre Frage bezogen kann man diese Frage so nicht beantworten, da man einem sonst das Wort im Munde herumdreht. Ein Schießbefehl muß kein Todesschuß sein. Es kann ein Warnschuß in die Luft sein, über die Köpfe weg sein, vor die Füße sein, etc. Nach dem Motto: Achtung, jetzt wird es ernst...

3. Ich würde mit der Ausschüttung drei Jahre lang ein kommunales Kindergeld an Fuldaer Familien ausschütten, für Kinder vom 1. bis zum 3. Lebensjahr. Und bessere sanitäre Einrichtungen bei den Kindergärten und Grundschulen.



Jonathan Wulff

1. Für die Stadt als Körperschaft würde TTIP wahrscheinlich nur geringe Folgen haben. Hier wird es vor allem um die Frage der Entscheidungsfreiheit über die öffentliche Daseinsvorsorge gehen. Für die Bürger Fuldas sind hingegen weitreichende Auswirkungen möglich. Genaueres lässt sich kaum sagen, weil die Verhandlungen zu diesem Handelsabkommen recht intransparent verlaufen. Wenn das Abkommen fertig verhandelt auf den Tisch kommt und die Volksvertreter hierüber entscheiden müssen, werden sie die Risiken gegen die Vorteilen abwägen müssen. Mir persönlich sind zwei Fragen besonders wichtig: Ist gewährleistet, dass keine sozialen, ökologischen oder kulturellen Standards gefährdet werden und dass weitere Verbesserungen dieser Normen möglich sind? Und: Ist sichergestellt, dass es weder Sonderregeln noch Sondertribunale für Konzerne gibt?

2. Das kommentiert sich selbst!

3. Endlich wichtige Zukunftsaufgaben angehen: Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zum Bau bezahlbaren Wohnraums, Erhöhung des Personalschlüssels in Kindertagesstätten, Abschaffung der KiTa-Gebühren, damit jedes Kind die Möglichkeit erhält, einen Kindergarten oder eine Krippe zu besuchen, Ausbau der Nachmittagsbetreuung in Schulen, einen leistungsfähigen und attraktiven Busverkehr aufbauen. Zugegeben, das kostet insgesamt deutlich mehr als 5 Millionen Euro. Aber da wären ja auch die erheblichen Überschüsse im Haushalt. Nur: Solange es die CDU-Mehrheit gibt, wird wohl wenig passieren. Angeblich richtet es ja der Markt. Glücklicherweise ist bald Kommunalwahl...

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Ein Gastbeitrag von Alexander Sust (Text & Karikatur)

„Wir haben einfach Angst um unsere Sicherheit“, sagt der erste ehrenamtliche Oberfeldwebel der neu gegründeten EichenZeller Bürgerwehr (EZB), „es ist ein Akt der Notwehr!“

Helmut Atzert* aus Eichenzell wirkt verzweifelt. Der ständige Nachtdienst raubt ihm den Schlaf. Lakonisch bemerkt er, dass er vorher ohnehin vor Angst kein Auge mehr zumachen konnte. Da könne man in der Zeit doch auch selbst die Initiative ergreifen. „Es musste einfach irgend etwas passieren“, erklärt er. Jetzt patrouilliert Atzert nachts mit Taschenlampe und Funkgerät in der braunen Uniform der EZB durchs Neubaugebiet. Im Zivilberuf ist er leitender Angestellter eines ortsansässigen großen Unternehmens. „Die Polizei ist doch total überfordert mit der Aufgabe. Die ist froh, wenn sich Bürger engagieren und sie bei ihrer Arbeit unterstützen“, weiß der rüstige Wachmann. Um mehr gehe es ja bei der EichenZeller Bürgerwehr nicht – aber eben auch nicht um weniger.

„Wir verdächtigen ja niemanden. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ beschreibt Atzert seine Aufgabe. Bei unseren Patrouillen durch die Ortschaft wollen wir bloß ein bisschen für Recht und Ordnung sorgen.“
Nein, denunzieren wolle man nicht, es gehe nur darum, der Polizei Hinweise zu geben, wenn man das Gefühl habe, dass etwas nicht stimme. Der Mitbegründer der Initiative gibt zu bedenken: „Wenn dann was passiert, ist das Geschrei groß. Da

ist es doch besser, die jungen Leute nachts auf der Straße ein bisschen im Auge zu behalten. Wer weiß, was die vorhaben?!“. Atzert spricht verdächtig wirkende Personen an, lässt sich von ihnen die Ausweise zeigen, macht Videoaufnahmen und Fotos. Verdächtig sind ihm vor allem junge Männer, die irgendwie anders aussehen. „Wenn es nötig ist, geleiten wir einen von denen auch schon mal bis auf die Polizeiwache“, macht er deutlich. Man dürfe mit solchen Typen nicht zimperlich umgehen, wenn sie nicht freiwillig mitkommen wollten, mache sie das nur verdächtiger. Außerdem habe man vorsorglich ein paar Arrestzellen im Eichenzeller Türmchen eingerichtet. Falls Personen Widerstand gegen die Bürgerwehr leisten, können sie hier bis zum Eintreffen der Sicherheitskräfte festgehalten werden. Das könne mitunter auch schon mal ein paar Tage dauern, so überlastet wie die Polizei derzeit sei. „Die Gitter vor den Fenstern waren ja schon da. Der Aufwand hielt sich daher in Grenzen“, freut sich Lutz Bub*, ehrenamtlicher Hauptwachmeister der Bürgerwehr. „Wir können hier bis zu zwanzig Delinquenten unterbringen, wenn die sich ein bisschen dünn machen“, scherzt Bub, als er uns die beiden engen Räume mit den vier Eichenholzpritschen zeigt, die er und seine Kumpels selbst eingerichtet haben.

„Wir blicken in Eichenzell auf eine lange Tradition zurück, wenn es um die Verteidigung unseres Heimatlandes geht. Daher haben wir auch unseren alten Wartturm zu unserem Hauptquartier gemacht. Von

dort haben wir einen weiten Blick ins Land und können die Bevölkerung warnen, wenn wieder eine Flüchtlingswelle aus Bayern über die Rhön brandet.“

„Einem Teil der Bevölkerung sei das Problem ja noch gar nicht in vollem Umfang bewusst“, machen die Initiatoren der Bürgerwehr klar. „Wenn unsere Außengrenzen durchlässig sind wie ein Schweizer Käse, kommt hier doch jeder rein, die ganzen Kriminellen und so“, verdeutlicht Bub die Dramatik der Lage. Irgendjemand müsse die doch aufhalten, wenn man nicht wolle, dass Eichenzell so endet wie Paris oder New York.

„Wir können dem Ansturm bald nicht mehr länger standhalten. Es werden immer mehr“, unterstreicht der Sprecher der EZB. „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten, aber irgendwie müssen wir sie aufhalten“, sagt Atzert. „Die Reaktivierung unseres alten Frühwarnsystems aus dem Mittelalter, mit den Signaltürmen rund um Fulda, ist da ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es kann eben nur Zeichen senden. Dann wissen die in der Stadt, dass es an der Zeit ist, die Tore zu schließen und die Wälle zu besetzen – aber für uns Eichenzeller heißt es dann, die Beine in die Hand zu nehmen! Wenn die anrücken, sind wir die ersten Opfer“ beschreibt Bub seine Ängste vor den Terrorbanden.

Doch die freiwillige Bürgerwehr hat schon weiterführende Pläne ausgearbeitet: „Wenn wir in unserer Landschaft wieder anfangen



Karikatur: Alexander Sust

würden, dichte Dornenhecken anzulegen, könnten wir vielleicht ein bisschen Zeit gewinnen, bis sie uns überrollen.“ Erste Gespräche mit dem Heimatschutzbund und dem Naturschutzverein seien schon geführt worden. Die zeigten sich der Idee gegenüber prinzipiell aufgeschlossen, solange für die Hecken ausschließlich heimische Gehölze verwendet würden sich darin keine fremden Tierarten vermehren.

Bei all dem Engagement für die Sicherheit ihres Heimatortes ist der EichenZeller Bürgerwehr aber klar: „alleine schaffen wir das nicht. Wir brauchen Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus!“ Die Nachwächter aus Eichenzell empfehlen

auch anderen Gemeinden rund um Fulda, ihrem Beispiel zu folgen. „Bürger aus Dirlos haben schon bei uns angefragt“, freut sich Lutz Bub. Sie wollen am Dicken Turm etwas ähnliches machen, wie wir. Am Hutzelsonntag wollen wir unsere Signalkette testen und uns Feuerzeichen geben.“

* Die Namen wurden aus Sicherheitsgründen von der Redaktion geändert. Eventuelle Ähnlichkeiten mit echten Menschen sind völlig absurd.

Nichts hören. Nichts sehen. Nichts sagen.

Ein Gastbeitrag von Fine A.

Nicht die Geflüchteten, Deutschland macht mir Angst!
Nadchi, der 15 Tage an den Armen aufgehängt wurde, und zusehen mußte, wie seine Frau mit den Kindern ertrank.
Leyla, deren Dorf gezwungen wurde, das Fleisch der hingeschlachteten Kinder zu essen.
Unvorstellbar grausames, tiefes Leid.

Die für Würde und Menschenrecht aufstehenden sind Spinner?
Hauptsache, mir geht's gut, was ich hab ist nie genug und teilen tu ich nix...
Was passiert zuhause, wenn die Demo vorbei ist?
Auf dem Sessel vorm Ofen, das Eigenheim, das Auto vor der Tür, der Urlaub gebucht, die Frau bringt das Bier...

Sie schmieren Ihren Hass mit Blut an die Wände, Mitläufer sind ihre Blutkonserven.
Hitler klatscht Beifall!
Einen Monat in der Halle leben – das wäre uns Wohlstandsblinden garnicht zumutbar. Wir würden uns die Köpfe einschlagen oder wim-

mernd zusammenbrechen.

Auf Menschen, die sich ins Leben retten, dem Tod von der Schippe springen, zu zeigen – sie undankbar nennen, weil sie es wagen, von einem besseren Leben zu träumen.

Natürlich gibt es unter 100 weißen Schafen immer auch ein paar Schwarze. In Deutschland gibt es NATÜRLICH nur weiße...?!

An Weihnachten überfällt uns Wehmut, das kurzfristige Bedürfnis nach Menschlichkeit und Mitgefühl. Anschließend reißen wir uns an den Wühltischen die Ware aus den Händen und an Silvester lassen wir es dann so richtig krachen – Brot statt Böller?! – was für Spinner.

Manchmal möchte ich am Liebsten laut schreien oder mich nur noch unter meiner Decke verkriechen und weinen, aber dann steh ich auf! Nadchi lacht wieder und wir singen zusammen und tanzen.
Leyla hat ihren Sohn wiedergefunden und er kann schon Deutsch...

Und ich steh nicht alleine auf! Wann



lernt Deutschland aus der Geschichte? Wer würde sich und seine Kinder nicht aus Terror, Diktatur, Krieg und Tod retten?

Sie halten uns den Spiegel vor! Wir haben vergessen, wie gut es uns geht. Wir können nichts dafür, wie die Welt ist, aber wir können etwas

dafür, wenn wir sie so lassen!

Eine von dene die aufstehen! Wir brauchen die Kraft in dieser Zeit, um den Migranten Schutz und Hoffnung zu geben! Verlieren wir diese Kraft nicht in Streitigkeiten!
Danke ihr Alle!

Foto: pk210@flickr

Am Küchentisch

WG. Küche. Eritrea. Fulda.

In unserer WG lebt seit kurzem ein junger Mann aus Eritrea. Am Küchentisch werden seitdem nicht nur kulinarische Neuentdeckungen gemacht.

Neulich berichtete Bisrat von einem syrischen Freund, der in seiner Heimat mit zwei Frauen verheiratet war. Das bereitet der inzwischen in Deutschland lebenden Familie jetzt Schwierigkeiten. Denn hier ist die Vielehe nicht erlaubt. In vielen islamischen Ländern - und übrigens auch im US-Bundesstaat Utah - sind polygame Lebensgemeinschaften aber möglich. Nach islamischem Verständnis kann ein Mann bis zu vier Frauen heiraten. „Wenn er alle ernähren kann und auch genug Kraft für alle hat - du weißt schon was ich meine...“, zwinkert unser neuer Mitbewohner mir zu.

„Naja, also ich finde es schon ganz gut, dass man bei uns nur einen Menschen heiratet, wenn man schon unbedingt heiraten will“, sage ich. „Aber bei euch kann man verheiratet sein und wenn es einem nicht mehr gefällt, dann hat man einfach heimlich eine andere Frau nebenbei, die dann keine Rechte hat und nicht versorgt ist. Findest du das besser?“ So richtig weiß ich nicht, was ich dagegen halten soll. Stattdessen frage ich: „Und darf denn eine Frau bei euch auch mehrere Männer heiraten?“ Bisrat reißt die Augen auf und lacht. „Nein, natürlich nicht, auf gar keinen Fall!“ Ich frage: „Und warum nicht?“ Jetzt kommt Bisrat ins Stocken und ein wirklich guter Grund fällt ihm dafür nicht ein. Wir sind also quitt und plaudern noch ein bisschen über das Leben und die Liebe hier und dort und über das, was anders und was gleich ist.

Nebenbei ist auch das Essen fertig geworden. Es gibt Hühnchen à la Bisrat mit Kartoffelklößen. Passt erstaunlich gut zusammen.



Wer auch seinen Horizont erweitern und sein zu Hause mit einem Menschen aus einem anderen Kulturkreis teilen möchte, kann sich zum Beispiel an die Projektgruppen „Menschen mit Menschen“ oder „Welcome In“ wenden. Die Ehrenamtlichen dort haben Kontakt zu den Sammelunterkünften, die viele Geflüchtete längst wieder verlassen könnten, wenn ihnen denn jemand ganz regulär eine Wohnung oder ein Zimmer vermieten würde.

Kontakt zu beiden Gruppen kann man am einfachsten via E-Mail herstellen. Hier die Adressen:

menschenmitmenschen@gmail.com

und:

kontakt@welcome-in.org

www.welcome-in.org

Reinen Tisch machen

Wie die AfD unsere Gesellschaft kaputt machen will und warum der Rechtsstaat die bessere Alternative ist.

Sie sind wieder da. Jahrzehntlang konnten wir uns in der Bundesrepublik der Illusion hingeben, die Erfahrungen von Krieg und Nazi-herrschaft hätten in unseren Köpfen eine Saat aufblühen lassen, die nach der Befreiung durch den Aufbau einer funktionierenden Demokratie mit ihrer Errungenschaft des demokratischen Rechtsstaats, basierend auf unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und festgeschrieben im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ihren einklagbaren Ausdruck gefunden hat.

Gingen wir in der Vergangenheit von einem breiten Konsens in dieser Gesellschaft zur obigen Frage aus, so sehen wir uns nunmehr durch die demokratiefeindlichen Äußerungen von Pegida und AfD einer neuen Bewegung mit großem Gefahrenpotential gegenüber. Der hessische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel bringt kürzlich mit seiner Frage unseren Umgang mit der AfD auf den Punkt: „Wann ist es Zeit, gegen offene und verdeckte Ausländerfeindlichkeit und rechte Hetzrhetorik aufzustehen, wenn nicht jetzt?“

War man in der Vergangenheit mit den Äußerungen kleiner Gruppen von Rechtsradikalen konfrontiert, so gelingt es nun den Feinden unseres Rechtsstaates im dreisten und falschen Wahn, sie seien die authentische Volksbewegung und hätten jedes Recht, sich mit Ihren plakativen Äußerungen außerhalb des Grundgesetzes zu stellen - und sogar außerhalb der universalen Deklaration der Menschenrechte. Die sich immer weiter steigenden Forderungen und Äußerungen, vergiften Begrifflichkeiten wie „Lügenpresse“. Das Beschmieren von Wahlplakaten demokratischer Parteien mit dem Vorwurf „Volksverräter“ sowie weiterem Nazivokabular wird gezielt eingesetzt, um durch die immer weiter wiederholten falschen Argumente einzusickern in die Teile unserer Gesellschaft, die sich von den einfachen Lösungen von AfD und Pegida anziehen lassen. Bedingt durch die neoliberale und die in weiten Teilen nicht auf sozialen Ausgleich und Stärkung der Schwachen ausgelegte Politik, bei gleichzeitig fehlender stärkerer Heranziehung der Starken, erodiert die Mittelschicht und steigt die Zahl der finanziell am Rande des Erträglichen lebenden Menschen. Die Angst vor sozialem Abstieg bis hin zu Obdachlosigkeit geht um. Ein Fünftel der Kinder in diesem Land lebt in prekären Verhältnissen. Das Vermögen ist ungleich verteilt wie nie. Die Reichtumsschere geht Jahr für Jahr weiter auf. Dieser Boden ist es, der es nun in der aktuellen Flüchtlingskrise ermöglicht, mit einseitigen Schuldzuweisungen an die angeblich versagende demokratisch gewählte Führung des Landes einfache Lösungen zu propagieren. Diese Festungsmentalität würde auch das Ende unserer liberalen Demokratie und unserer freien Gesellschaft bringen. Trotz aller berechtigten Kritik an der bestehenden Politik und den Akteuren im Land können wir doch heilfrohen sein, dass wir in einem starken Rechtsstaat leben und dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt. Es ist nicht auszumalen, was ein Deutschland mit geschlossenen Grenzen,

Mauern, Stacheldraht und Schießbefehl gegen illegale Grenzübertritte bedeuten würde. Es wäre das Ende aller Lehren aus dem zweiten Weltkrieg, das Ende auch der Errungenschaften durch die friedliche Revolution 1989.

Natürlich gibt es auch berechtigte Kritik am undemokratischen Aufbau der transnationalen Brüsseler EU-Bürokratie, an der fehlenden Gesetzgebungskompetenz des Europaparlamentes und der Un-

ein vermeintlicher Zustand, wie in der Weimarer Republik; als eine verkehrte Politik zu Lasten weiter Teile der Bevölkerung die NSDAP an die Macht spülte, die nichts Eiligeres zu tun hatte, als alle noch bestehenden demokratischen Elemente der Republik zu eliminieren und deren Vertreter zu verfolgen, seien es Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten oder auch engagierte Christen gewesen. Ermöglicht wurde das Scheitern der Weimarer Republik auch durch

mentation und Aufklärung und die klare Sprache der Menschlichkeit und der Hoffnung, die hier die Verängstigten und die Hoffnungslosen abholen und in die Gesellschaft integrieren können. Nicht zu vergessen auch der Hinweis darauf, welche Motivation die Geflüchteten zu uns bringt. Für deren Fluchtgründe sind oft indirekt unsere europäische Wirtschaftsordnung und die Politik der vergangenen Jahre mitverantwortlich!



möglichkeit, z.B. die Eurogruppe zu wählen oder auch abzuwählen. Daher ist die EU ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld zur Lösung der anliegenden Probleme. Die politische Klasse ist dabei, die Kontrolle zu verlieren und das großartige Projekt Europa in den Abgrund zu führen. Hier muss die Zivilgesellschaft sich einbringen und es wieder auf einen akzeptablen demokratischen Weg bringen. Dazu zählen sowohl eine wesentlich verbesserte Transparenz der Entscheidungsprozesse, als auch ein Umbau der europäischen Institutionen mit dem Ziel einer verbesserten Akzeptanz und Teilhabe durch die europäischen Bürger.

Die AfD schert sich nicht um moralische Legitimität ihrer Forderungen, ein rein darwinistisch anmutendes Weltbild soll das schlechte Gewissen überdecken. Hier sollen Errungenschaften unserer Zivilisation rückgängig gemacht werden, deren Infragestellung noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen ist. Die Spirale fremdenfeindlicher Äußerungen und Taten steigert sich immer weiter, sowohl in ihrer Zahl als auch in ihrer Intensität. Die teils berechtigten Ängste um die eigene Zukunft und die Zukunft der eigenen Kinder bringt viele Betroffene in die mentale Nähe der geistigen Brandstifter der AfD, was leider durch Umfrageergebnisse im Vorfeld der drei Landtagswahlen in diesem Jahr mehr als belegt wird. Doch der Einzug und die Arbeit in den Parlamenten ist nur ein Nebenschauplatz. Wissen die Vordenker und Meinungsführer der Rechten doch, dass ihre Chancen weit eher auf der Straße liegen, im Herbeireden des Scheiterns dieser Demokratie. Eine Lage und

die weitreichenden Befugnisse des Präsidenten und der Regierung, die mit Notstandsvollmachten und im permanenten Ausnahmezustand am Parlament vorbeiregieren konnten, was zu einer Gewöhnung an ein bürokratisch-autoritäres Regime führte und die Demokratie entscheidend schwächte. Und dies, der Ausnahmezustand, ist die eigentliche Chance der AfD. Wenn die Straße regiert und alle Errungenschaften bis hin zu den Menschenrechten vom Tisch gewischt werden, sind wir dort, wo die AfD mit uns hin will.

Aber noch ist es nicht soweit. Noch hält die Mehrheit in unserer Gesellschaft den Rechtsstaat für eine Errungenschaft, das Asylrecht für eine richtige Lehre aus der Erfahrung der Nazizeit und das Parlament, die Rechtsprechung und die Exekutive für die Garanten der Demokratie und unverzichtbar für eine menschengerechte und lebenswerte Zukunft in Sicherheit und Freiheit. Unsere Aufgabe ist es nun, die Ängste der AfD-Sympathisanten aufzunehmen und ernst zu nehmen, und ihnen Wege innerhalb unseres Gesellschaftssystems aufzuzeigen, die ihre Lage verbessern und sie von den Demagogen der AfD fernhalten. Allerdings darf dies nicht dazu führen, dass etablierte Politiker der großen Parteien meinen, die Wähler der AfD am besten dadurch abzuholen, dass man selber deren Forderungen vertritt. Diese irrierte Auffassung treibt nur immer neue Gruppen in die Arme der AfD. Vielmehr sind es eine gerechtere Politik des Ausgleichs, die Verhinderung des Ausspielens der armen Bevölkerung gegen die angeblich immens bevorteilten Geflüchteten, eine sachliche Argu-

Worte können sein wie winzige Arsen-Dosen: Sie werden unbenutzt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Gift-Wirkung doch da.

Viktor Klemperer
(in seiner Analyse über die Sprache der Nazis, 1946)



Von Tunneln und Knoten und was sie mit freiem Internet zu tun haben

Das Projekt „Freifunk Fulda“ wächst seit zwei Jahren stetig, sowohl an Engagierten wie an aufgestellten Geräten. Was Freifunk ist und wie es genau funktioniert haben wir hier kurz zusammengefasst.

Unterwegs vernetzt sein und miteinander kommunizieren, ist für die meisten Menschen in Deutschland selbstverständlich. Doch was passiert, wenn sich die Politik ändert? In einigen Ländern aus denen derzeit viele Flüchtlinge kommen, konnte man das beobachten. Doch auch in Deutschland ist das Vertrauen in ungestörte und unbeobachtete Kommunikation nicht immer selbstverständlich. Der Aufbau eines unabhängigen Netzes zur Kommunikation zwischen Menschen ist daher eine grundlegende Idee, die hinter Freifunk steht. In Fulda gibt es momentan mehr als 130 Freifunk-Standorte, die täglich von 400 bis 500 Menschen genutzt werden. Jeder kann sich mit seinem Notebook oder Handy einfach kostenlos und ohne Passwort zu dem WLAN „fulda.freifunk.net“ oder „freifunk.net“ verbinden. Benutzerdaten werden dabei nicht abgefragt und es gibt auch sonst keine Beschränkungen.

Die Grundlage von Freifunk bildet ein sogenanntes Mesh-Netzwerk. Dabei verbinden sich Freifunk-Router (auch Knoten genannt) durch Funkkontakt miteinander sobald sie in Reichweite zu einander sind. Diese einzelnen Knoten sollen sich irgendwann zu einem flächendeckenden Netz verknüpfen. Jeder Mensch im Freifunk-Netz kann alle anderen im Netz erreichen und mit ihnen Daten austauschen und kommunizieren. Manche Knoten sind auch mit dem Internet verbunden und alle Menschen im Freifunk-Netz erhalten darüber Zugriff auf das globale Netz.

Den Aufbau des Freifunk Netzes können alle Bürger in Fulda und Umgebung unterstützen indem sie einfach einen Freifunk Router bei sich aufstellen. Besonders für Projekte bei denen Flüchtlingsunterkünfte vernetzt werden, sind die Freifunker allerdings auf Menschen angewiesen, die auch ihren Internetausschluss zur Verfügung stellen. Dabei stellt sich die Frage „Wie oft benutzen wir unseren Internetzugang - oder gerade eben nicht?“. In diesem Zusammenhang taucht immer wieder das Schreckgespenst der Störerhaftung auf und damit die Angst vor Strafverfolgung und Abmahnungen. Doch die Freifunker sehen hierbei keine Probleme: bei Straftaten haftet natürlich der verursachende Nutzer und nicht der Betreiber. Hier kommen die Tunnel ins Spiel: Der Freifunk Router baut am Heimnetzwerk vorbei einen Tunnel zu den Freifunk Servern auf. So werden alle, die Freifunk nutzen durch den Tunnel zu den Servern weitergeleitet. Man kann nicht in das Heimnetzwerk einbrechen und man surft mit der IP-Adresse der Freifunk Server und nicht mit der, des Heimnetzwerks. Durch diese Methode kann nicht zurückverfolgt werden über welchen Knoten man sich ins Internet eingewählt hat. Das bedeutet also im Klartext: Es sieht immer so aus als ob der Teilnehmer von Freifunk kommt und der Anschlussinhaber ist geschützt.

Derzeit suchen die Freifunker noch Unterstützung bei der Versorgung der Erstaufnahmeeinrichtung in Eichenzell und anderen Flüchtlingsunterkünften. Wo sich die Freifunk-Standorte befinden, welche aktuell online sind, wie man die Freifunker erreicht und wie man das Projekt unterstützen kann, ist auf der Homepage von Freifunk Fulda zu finden: <https://fulda.freifunk.net>.



Die **AGORA** war im antiken Griechenland der zentrale Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer Stadt. Für das demokratische Zusammenleben in einer Gemeinschaft kam ihr eine herausragende Rolle zu. Der Marktplatz galt als Merkmal einer selbstständigen Stadt.

Die **AGORA** Fulda als unabhängige Zeitung von Bürgern für Bürger ist ein Marktplatz der Ideen für kreative Kritik und Auseinandersetzung mit regionalen und gesamtgesellschaftlichen Themen. Wir wollen die Fuldaer Medienlandschaft erweitern und zur freien Meinungsbildung beitragen.

Wir arbeiten ohne Entgelt, sind werbefrei, unsere Auflage wird kostenlos verteilt. Daher sind wir auf Spenden zur Finanzierung der Druckkosten angewiesen. Bauen Sie mit uns am Marktplatz der Demokratie und seien Sie dabei mit einem Pflasterstein-Soli-Abo!

Wenn wir die Industriegesellschaften ökologisch umbauen wollen, dann müssen wir weg von der jetzigen Monopolstruktur der Großen. Wir brauchen dezentrale Strukturen, also mehr Anbieter und damit mehr Wettbewerb.
Sigmar Gabriel, damals als Umweltminister, Interview Süddeutsche Zeitung 3./4. März 2007

Ich bin ein freier Mensch, weil ich nicht hasse.
Usenma Borchu, deutsch-mongolische Filmemacherin

Zur Wahrheit gehören immer zwei: Einer, der die sagt, und Einer, der sie versteht.
Henry David Thoreau

Für Börsenspekulationen ist der Februar einer der gefährlichsten Monate. Die anderen sind Juli, Januar, September, April, November, Mai März, Juni, Dezember, August und Oktober.
Mark Twain

Schreibe kurz – und sie werden es lesen. Schreibe klar – und sie werden es verstehen. Schreibe bildhaft – und sie werden es im Gedächtnis behalten.
Joseph Pulitzer

Um die Welt zu ruinieren, genügt es, wenn jeder seine Pflicht tut.
Winston Churchill

Wir stehen an einem Ende, wir sind ein Anfang.
Christian Morgenstern

Ich kann auf ein bewegtes Leben zurückblicken, sagte die Marionette.
Werner Mitsch

Jeder kann wütend werden, das ist einfach. Aber wütend auf den richtigen zu sein, im richtigen Maß, zur richtigen Zeit, zum richtigen Zweck, das ist schwer.
Aristoteles

Zu mancher richtigen Entscheidung kam es nur, weil der Weg zur falschen gerade nicht frei war.
Hans Krailsheimer

In der Politik darf man keine Vorliebe für ein Volk und keine Abneigung gegen ein anderes haben.
Friedrich II. von Preussen

Die Lüge ist bereits dreimal um die Erde gelaufen, bevor sich die Wahrheit die Schuhe anzieht.
Mark Twain

Wenn Du Gott zum Lachen bringen willst, erzähl ihm von Deinen Plänen.
Blaise Pascal

Zukunft haben wir alle nur dann, wenn verbrecherische Regime nicht das letzte Wort haben. Heimat, wahres Leben, kann nur in einem Gewächshaus gedeihen, dessen Klima unmittelbare Menschlichkeit, großes Gottvertrauen, bodenständiger Realitätssinn, urwüchsige Kraft und gute Gesinnung regeln.
Wolfgang Hamberger, ehemaliger Fuldaer Oberbürgermeister

AGORA

FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT,
KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Impressum

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):
Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammler, Walter M. Rammler, Martin Uebelacker

Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.

Postanschrift:
Fotodesign Rammler, Luckenberg 1, 36037 Fulda
(Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)

Auflage 3.000 Exemplare
Druck: Megadruck.de, Westerstede

Erscheint dreimonatlich, wird kostenfrei verteilt.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.

E-Mail: redaktion@agora-fulda.de
Internet: www.agora-fulda.de
Facebook: www.facebook.com/AGORAFD

Auf unserer Homepage finden Sie die komplette Ausgabe zum Download.

Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden diese zu uns ein.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Unsere Kontoverbindung
(freundlicherweise durch KÖK e.V. zur Verfügung gestellt) lautet:

IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93
BIC: HELADEF1FDS
Sparkasse Fulda
Verwendungszweck: AGORA Fulda

In dieser Zeitung könnte auch Ihr Artikel stehen.
Schreiben Sie uns. Sprechen Sie uns an.
Wir sind gespannt.

Abobestellung

- Ja, ich baue an der **AGORA** Fulda mit! Ich fördere die Zeitung
- einmalig jährlich bis auf Widerruf mit
- 20,- € _____ €

und erhalte einen Pflasterstein als Geschenk.

- Hiermit ermächtige ich den Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. für die **AGORA** Fulda widerruflich den o.g. Betrag zu Lasten meines Kontos
IBAN _____
durch Lastschrift einzuziehen.

- Ich werde andersweitig politisch aktiv und nehme nur den Stein.

Datum, Unterschrift (Bitte unbedingt vollen Namen und Adresse angeben.)